

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?**

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten. Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

VIELFALT STATT EINFALT

Das Internet sollte Ansporn sein

Selbsternannte Qualitätsmedien und «fürsorgliche» Politiker bekämpfen das Internet aus den gleichen Motiven, wie seinerzeit Kirche und Königshäuser die mit dem Buchdruck aufkommende freie Meinungsäusserung zu unterdrücken versuchten: Es geht um Macht und Einfluss.

Pierre Augustin Caron de Beaumarchais machte sich bei der herrschenden Klasse nicht gerade beliebt, als seinen «Figaro» zum Grafen sagen liess: «Weil Sie ein hochgestellter Herr sind, halten Sie sich auch für ein Genie! Adelstitel, Reichtum, Aussehen, Hofämter; das alles macht Sie stolz! Und was haben Sie tun müssen, um solche Güter zu erwerben? Sie haben die Qual der Geburt erduldet, weiter nichts. Im Übrigen sind Sie ein ziemlich durchschnittlicher Mensch.» Das Schauspiel wurde sofort verboten und die Mozartsche Fassung genehmigte Kaiser Josef erst nach genauer Lektüre des Librettos durch die Zensoren. Der Kaiser meinte, bei der Singerei höre man eh nicht so recht auf den Text. Die Geschichte zeigt allerdings: Mozarts wunderbare Musik vermochte nicht über die Bedeutung und die Kraft des Textes hinwegzutäuschen. Der Ruf nach Freiheit und Gleichheit war zwar politisch nicht korrekt. Der Kampf dagegen blieb jedoch erfolglos.



CLAUDIO ZANETTI
KANTONS RAT SVP
ZOLLIKON

gesessen sind, und dass wegen alarmistischen Agitatoren wie Al Gore und Moritz Leuenberger Milliarden von Steuergeldern verschwendet wurden. Ohne Internet würde die NZZ heute noch schreiben, bei «Climategate» handle es sich um «einen Sturm im Wasserglas».

Selbst zur Verbrecherjagd geeignet

Das Internet hat unser Leben verändert und wird es weiter verändern. Mit seiner Hilfe ist es möglich, innert Sekunden Bilder und Filme rund um den Erdball herumzuschicken oder jedermann zugänglich zu machen. Mit seiner Hilfe lassen sich sogar Verbrecher aufspüren, wenn beispielsweise der hypothetische Fall eintreten sollte, dass die Polizei auf das Mittel der Öffentlichkeit fahndung per Internet verzichtet, bloss weil im Zuge geistiger Abstumpfung Einbruch und Diebstahl als Bagatelldelikt betrachtet werden, deren Ahndung nicht mehr als eine lästige Angelegenheit ist.

Ein grossartiges Gedächtnis

Und noch etwas ist grossartig am Internet: Das Netz hat ein enormes Gedächtnis und eignet sich darum ausgezeichnet zur Recherche. So kann man beispielsweise herausfinden, dass Niklaus Oberholzer, der Richter, den der «Tages-Anzeiger» im erwähnten hypothetischen Fall als unabhängigen Experten beigezogen hat, ein in der Wolle gefärbter Sozi ist. Und nicht nur das: Ein paar Klicks, auf die die Qualitätsjournalisten vom «Tages-Anzeiger» verzichtet haben, und man weiss auch, dass Genosse Oberholzer, was seine Haltung zum Persönlichkeitsschutz angeht, äusserst wenig ist. Es kommt ganz auf den jeweiligen Auftraggeber an. Handelt es sich bei diesem um die nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission (GPK), die sich in der ekelerregenden Affäre «Ramos/Roschacher/Holenweger» einen Persilschein wünschte, bestätigt Niklaus Oberholzer bereitwillig, dass es vollkommen in Ordnung sei, wenn Akten aus jedem Verfahren jederzeit via Staatsanwalt öffentlich gemacht werden, wann immer es einer parlamentarischen Kommission beliebt. Es ging damals gegen Bundesrat Christoph Blocher, und da ist bekanntlich alles erlaubt.

Bedenklich wird es für Gerichtspräsident Oberholzer, der seines Amtes enthoben werden müsste, erst, wenn Bilder von zwei Einbrechern, die sich in flagranti von einer gut sichtbaren Kamera bei der Arbeit filmen lassen, im Internet veröffentlicht werden.

Lesen Sie dazu die Fraktionserklärung «Wenn Datenschutz zur Groteske verkommt» auf Seite 3 der aktuellen Ausgabe.



Einladung zur Bildungstagung

für Schulpfleger/-innen, Schulleiter, Lehrpersonen und weitere an Bildungsfragen interessierte Mitglieder der SVP

Sonderpädagogisches Konzept

Die Regierung des Kantons Zürich hat ein Konzept in die Vernehmlassung geschickt, welches aufzeigt, wie die Bildungsdirektion künftig die Sonderpädagogik regeln will (Angebote, Zugang zu den Angeboten, Finanzierung, Ressourcenausgleich usw.). Handlungsbedarf in diesem Bereich ergibt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, dass sich die IV (Invalidenversicherung) im Rahmen des NFA (Neuer Finanzausgleich) des Bundes weitgehend aus der Finanzierung zurückgezogen hat.

Datum: Samstag, 27. März 2010
Türöffnung: 08.30 Uhr, Kaffee und Gipfeli
Zeit: 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr
Ort: Hotel-Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich (Seebach)

Programm: **Einführung ins Thema**
Kantonsrat Samuel Ramseyer, Präsident der SVP-Bildungskommission

Erarbeiten eines Vernehmlassungsentwurfs
(Gruppenarbeit)

Zusammentragen der wichtigsten Erkenntnisse / Diskussionsrunde

Es freut uns, wenn möglichst viele aktive und künftige Schulpfleger und Schulpflegerinnen an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Für die Bildungskommission der SVP des Kantons Zürich
Kantonsrat Samuel Ramseyer

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Bildungstagung vom 27. März 2010

Ich melde mich für die Bildungstagung an.

Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____ PLZ, Ort: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich nehme noch _____ Person/en mit

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Nüscherstrasse 35, 8001 Zürich per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Denken Sie an den Verkauf Ihrer Immobilie?

Nutzen Sie die Chance mit einem loyalen, kompetenten Immobilienmakler über Ihre Verkaufsabsichten zu diskutieren. Mein Angebot an Sie: **Fragen und ein Informationsgespräch kostet Sie nichts!**

Ich freue mich, Sie bei einem unverbindlichen Gespräch kennenzulernen!



Bahnhofplatz 1, 8910 Affoltern a.A.
Tel. 043 817 18 22
luki.sutter@remax.ch

Praxis für Zahnprothetik

R. Hertach
(dipl. Zahnprothetiker)
Leimbachstrasse 119, 8041 Zürich
Bei der Migros / Nähe Bushaltestelle

Tel. 044 481 82 18
www.pro-dent.ch



Total-, Teil- und Implantatprothesen, Unterfütterungen, Reparaturen

1. Beratung kostenlos, AHV

Schreinerei Hanspeter Rüttschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräte austausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessenanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort



wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch



Sparen Sie bei den Hypotheken! Wir sagen Ihnen wie.

HypothekenBörse AG
Finanzierungsberatung für Private und Firmen

Uster-West 18
Postfach 430, CH-8610 Uster
Telefon 043 366 53 53
Fax 043 366 55 83
info@hypotheken-boerse.ch
www.hypotheken-boerse.ch



Clever finanzieren.

HYPOTHEKENBÖRSE AG

Fünfzehn Jahre Wachstum



VON CHRISTOPH MÖRGELI

«Ich selbst habe diesen Vorschlag in die Regierung getragen» – brüstet sich Bundesrat Moritz Leuenberger in der Zeitung «Die Zeit». Was der «Infrastruktur-, Umwelt- und Kommunikationsminister» (Leuenberger über Leuenberger) vor dem brennend interessierten Publikum ausbreitet, ist die glanzvolle Idee eines auf vier Jahre gewählten Schweizer Bundespräsidenten. Denn: «Der jährliche Wechsel des Präsidialamtes erschwert die Kontinuität der Beziehungen mit andern Staatschefs.»

Soweit der kontinuierlichste aller Bundesräte, der nach 2001 und 2006 anno 2011 zum drittenmal Bundespräsident werden will. Als Bundespräsident Adolf Ogi vor zehn Jahren genau die gleiche glanzvolle Idee äusserte, widersprach Leuenberger noch heftig. Und schwärmte vom «Vorteil, dass sich mit dem jährlichen Wechsel immer wieder eine andere Region, eine andere Partei oder eine andere Kultur mit dem Bundespräsidenten identifizieren» könne.

Ganz falsch wäre aber eine Regierungsreform – so Leuenberger in seinem neusten Blog –, die darauf abzielte, «das grosse UVEK aufzuspalten». Denn sein Fazit der eigenen Amtszeit seit 1995 lautet: «Ja, das UVEK ist in den letzten 15 Jahren kräftig gewachsen.» Tatsächlich. Gewachsen sind vor allem die Summen, welche die Staatsbetriebe unter Leuenbergers Verantwortung vernichtet haben. Bei all den kaum nachvollziehbaren Transaktionen steht fest: Swisscom hat mit Debitel usw. über 4 Milliarden Franken versenkt; dank Fastweb sind demnächst zusätzlich 7 Milliarden futsch. Mehrere Milliarden setzten SBB und Post mit ihren Abenteuern im In- und Ausland in den Sand. Und der SBB-Pensionskasse fehlt die hübsche Summe von 2 Milliarden.

Derweil tippt Moritz Leuenberger («Meine Kollegialität habe ich bewiesen») seine Blogs, um die Kollegialität zu umgehen: «Ich wäre wohl auch gegen die Absenkung des Rentenumwandlungssatzes wie die SP». Er wettet gegen die bundesrätlichen Sparmassnahmen («Nun sollen wieder 1,5 Milliarden gespart werden»). Und schimpft über die Regierungskollegen («Der Bundesrat hat faktisch ein Nullwachstum für Verkehrsinvestitionen beschlossen»). Tröstlich zu wissen: «Im Blog darf ich mir immerhin eine ganz leichte Empörung erlauben.» Wüssten die Steuerzahler um das Ausmass des UVEK-Milliarden-Debakels, empfänden sie wohl mehr als nur eine ganz leichte Empörung.

Drei Volksinitiativen im Zentrum der Debatten

In der dritten Sessionswoche führten drei Volksinitiativen zu ausgedehnten Debatten. Bei der Abzocker-Initiative ging es um die Detailberatung des direkten Gegenvorschlages. Bei der Klimainitiative und den beiden Bauspar-Initiativen beriet der Nationalrat über die Abstimmungsempfehlungen zuhanden der Volksabstimmung.



HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Letzte Woche diskutierte der Nationalrat über das Vorgehen bezüglich der Abzocker-Initiative von Thomas Minder. Die SVP wollte das Problem mit einem indirekten Gegenvorschlag im Aktienrecht lösen. Im Gesetz lassen sich die Fragen um die Managerlöhne und die Stärkung der Aktionärsrechte besser lösen als in der Verfassung. Die SVP hat unter Federführung von Christoph Blocher einen entsprechenden Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Thomas Minder wäre bereit gewesen, seine Volksinitiative im Falle einer Annahme der Gesetzesvorlage zurückzuziehen. Die übrigen Parteien waren jedoch vor allem aus kleinlichen parteipolitischen Gründen nicht bereit, dieses Vorgehen zu unterstützen.

Zahlreiche SVP-Anträge zum Gegenvorschlag

Diese Woche ging es um die Detailberatung des direkten Gegenvorschlages. Dieser soll in der Volksabstimmung der Minder-Initiative gegenübergestellt werden. Damit werden die neuen Regelungen leider nicht im Gesetz, sondern auf Verfassungsebene verankert. Der SVP-Fraktion ging es nun noch darum, den Gegenvorschlag im Sinne des Minder-Blocher-Kompromisses zu verbessern. Dazu wurden von unserer Seite zahlreiche Änderungsanträge eingereicht. Diese wurden vom Rat jedoch erwartungsgemäss nicht aufgenommen. Gemäss Hans Kaufmann wird die SVP-Fraktion deshalb die Minder-Initiative unterstützen und damit dem Ständerat auch die Möglichkeit geben, doch noch einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten.

Bundesrat für Gegenvorschlag zur Klimainitiative

Die eidgenössische Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» wurde vom Verein Klimainitiative lanciert. Sie wurde am 29. Februar 2008 mit 115 689 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Volksinitiative will, dass Bund und Kantone eine wirksame Klimapolitik betreiben. Zu diesem Zweck

ist die Menge der landesweiten, vom Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um mindestens 30 Prozent zu senken. Die Forderung nach einem inländischen Reduktionsziel von mindestens 30 Prozent bis ins Jahr 2020 begründen die Initiantinnen und Initianten damit, dass die Schweiz als Industrieland ihren Treibhausgasausstoss markant reduzieren müsse, um ihren Beitrag zur Stabilisierung der globalen Temperatur zu leisten.

Änderungen im CO₂-Gesetz

Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Volksinitiative abzulehnen, obwohl er einen klimapolitischen Handlungsbedarf anerkennt. Nach seiner Ansicht ist eine verfassungsrechtliche Verankerung eines Inland-Reduktionsziels zu wenig flexibel. Er schlägt deshalb eine Änderung des CO₂-Gesetzes mit ähnlichen klimapolitischen Zielen vor. Die in dieser Gesetzesänderung vorgeschlagenen Massnahmen sind so ausgestaltet, dass ein Reduktionsziel von minus 20 Prozent per 2020 im Vergleich zu 1990 erreicht wird. Allerdings behält sich der Bundesrat vor, das Reduktionsziel je nach Verlauf der internationalen Verhandlungen auf bis zu 30 Prozent zu erhöhen. Die Änderung des CO₂-Gesetzes wird gegenwärtig noch in der vorberatenden Kommission, der UREK, diskutiert. Damit die gesetzlichen Fristen eingehalten werden können, musste aber über die Abstimmungsempfehlung zur Volksinitiative bereits in dieser Session beraten werden.

Umstrittene Bauspar-Initiativen

Zwei Volksinitiativen aus Hauseigentümerversammlungen fordern Steuererleichterungen beim Bausparen. Die Schweiz wird oftmals als ein Land der Mieter bezeichnet. Leider entspricht dies den Tatsachen. Obwohl der Bund gemäss Bundesverfassung verpflichtet wäre, den Erwerb von Wohneigentum zu fördern, fehlen wirksame Instrumente, um diesen verfassungsmässigen Auftrag zu erfüllen. Der Erwerb von Wohneigentum ist vor allem für junge Familien wünschenswert.

Mit den heutigen tiefen Hypothekenzinsen ist eine Verzinsung der Hy-

potheken in der Regel kein unüberwindbares Hindernis. Heute ist im Immobilienbereich Kaufen fast günstiger als Mieten. Das Problem liegt jedoch beim notwendigen Eigenkapital. Richtigerweise verlangen die Banken beim Erwerb von Wohneigentum in der Regel ein Eigenkapital von mindestens 20 Prozent.

Für eine junge Familie und Familien mit einem mittleren Einkommen stellt dies jedoch oftmals ein grosses Hindernis dar. Zum freiwilligen Sparen bleibt neben den üblichen Lebenshaltungskosten vielfach nicht viel übrig. Dies auch deshalb, weil der Staat bereits für die erste und zweite Säule entsprechende Lohnabzüge vor-

schreibt. Die Bauspar-Initiative, welche das Sparen zum Erwerb von Wohneigentum fördert und auch erleichtert, erfüllt deshalb eine wichtige Aufgabe.

Der Bundesrat und auch die kantonalen Finanzdirektoren waren von diesen beiden Initiativen natürlich nicht begeistert und lehnten sie ab. Die zu erwartenden Steuerausfälle sind jedoch gut verkraftbar. Die Bauspar-Initiativen führen nämlich auch dazu, dass vermehrt in die Bau- und Immobilienwirtschaft investiert wird. Dadurch werden wieder zusätzliche Einkommen generiert und Arbeitsplätze geschaffen. Die relativ bescheidenen Steuerausfälle durch die Bauspar-Initiativen werden dadurch mehr als kompensiert.

Bei der Debatte ging es lediglich um die Abstimmungsempfehlung. Das letzte Wort werden aber auch hier die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben.

MITTE-LINKS UNTERSTÜTZT ZAHNLOSER GEGENVORSCHLAG

SVP alleine gegen die Abzockerei

Mit dem Entscheid des Nationalrates für den direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei» haben SP, CVP und FDP diese Woche gezeigt, dass sie das Abzockerei-Problem nicht lösen wollen. Sie haben einem zahnlosen Gegenvorschlag zugestimmt. Die SVP hat für die Abzocker-Initiative gestimmt, nachdem der von ihr und dem Initiativkomitee ausgearbeitete indirekte Gegenvorschlag, der eine rasche Lösung der Probleme gebracht hätte, vom Parlament abgelehnt wurde. Eine hinterhältige Rolle spielte einmal mehr die SP, die den Initianten wiederum in den Rücken gefallen ist und sich für den schwachen Gegenvorschlag ausgesprochen hat. Die SP ist damit völlig unglaubwürdig geworden. Sie möchte die Abzockerei-Problematik nicht wirklich lösen, sondern aus wahltaktischen Gründen die Probleme möglichst lange aufrechterhalten. Das ist keine seriöse Politik.

ZB. Die SP hat gemeinsam mit CVP und FDP verhindert, dass im Parlament wirksame Massnahmen gegen die Abzockerei beschlossen wurden. Diese Parteien haben sich damit für eine Lösung eingesetzt, bei der Manager Regie führten. Sie machen sich damit für die Abzocker stark:

- Die SP hat zusammen mit der CVP rasch umsetzbare Massnahmen gegen die Abzockerei im Aktienrecht abgelehnt. Wegen der SP und der CVP wird die Lösung des Problems noch Jahre dauern.

- SP, CVP und FDP haben die Verpflichtung zu einer jährlichen Wiederwahl der Verwaltungsräte als wichtiges Instrument zur Eindämmung der Abzockerei verhindert.
- Die SP hat alle Anträge der SVP zur Verschärfung der Regeln gegen die Abzockerei zusammen mit CVP und FDP abgelehnt.
- Die anderen Parteien haben gegen die konsequente Bestrafung von Missbräuchen durch Abzocker gestimmt.

Die SVP kämpft seit dieser Woche als einzige Partei gegen die Abzockerei.

SPESEN-ABZOCKER

Parasitäre EU- und Schweizer Politiker

Eigentlich geht es uns ja nichts an, was EU-Spesenkaiser Barroso und andere Eurokraten für ein Luxusleben führen, wären da nicht unsere Euro-Turbos in Bern, Zürich und anderswo, die immer noch glauben, ein EU-Beitritt der Schweiz sei unabdingbar, um sich ein lukratives Pöstli im Europarat zu sichern. Es ist doch ganz toll, zu reisen und erst noch auf Staatskosten.



GERDA FUHRER
PRÄSIDENTIN
SVP WINKEL

Das Paymaster Office der EU in Brüssel hat die Spesenabrechnungen der EU-Kommission für 2009 vorgelegt – ein wahrer Horrorbericht. Jose Manuel Barroso, Chef der EU-Kommission, verrechnete alleine für seine Reisen 697 773 Euro Reisekosten. Zusätzlich zu seiner «Entertainment Allowance», einer fixen Spesenpauschale von 1418 Euro pro Monat, verrechnete er weitere 32 457 Euro Spesen. Unter dem Strich stellte der Ober-Eurokrat also 730 230 Euro Kosten in Rechnung.

An zweiter Stelle liegt bereits Ex-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner – sie gab «nur» noch 434 257 Euro aus, wohlverstanden ohne ihrer monatlichen «Entertainment-Zulage» von 607 Euro. Hinter Ferrero-Waldner rangierte 2009 übrigens die neue EU-

Aussenministerin Catherine Ashton, Baroness of Up-Holland. Diese Aussenhandelskommissarin verrechnete 237 316 Euro Spesen.

Insgesamt verrechneten die 27 Mitglieder der EU-Kommission 3,5 Millionen Euro für Reisen, 113 472 Euro für Spesen und 241 866 Euro für die Entertainment-Allowance». Wirklich billig war nur die litauische Budget-Kommissarin Dalia Grybauskaitė. Sie verbrauchte mit ihrem Nachfolger nur 14 553 Euro.

Grosse Spesenrechnungen auch in der Schweiz

Der teuerste Schweizer Parlamentarier Andreas Gross, SP-Nationalrat, kostet uns «nur» 169 000 Franken Spesen. Diesen Betrag hat der Weltenbummler der Eidgenossenschaft für seine Reisen in Rechnung gestellt, für Flüge, Bahnreisen, Hotels (sicher 5-Sterne plus), Taxis und andere Auslagen. Dies alles neben seinem Nationalratsmandat von mehr als 100 000 Franken.

Gross verursachte 40 Prozent der gesamten Kosten für die zwölfköpfige Schweizer Europarats-Delegation. Diese betragen total 430 000 Franken.

Auf Spesenritter und Meilenjäger Gross folgte der Tessiner FDP-Ständerat Dick Marty – mit vergleichsweise bescheidenen 38 000 Franken. Auf den Rängen drei, vier und fünf folgen die Europarats-Mitglieder Doris Fiala (FDP/ZH), Maximilian Reimann (SVP/AG) und Felix Müri (SVP/LU). Sie bezogen rund 30 000 Franken. Das entspricht der durchschnittlichen Entschädigung bei Erfüllung der Pflichten mit vier einwöchigen Sessionsen in Strassburg und Kommissions-sitzungen, die in der Regel in Paris stattfinden.

Dass diese Reisekosten zulasten der Schweizer Steuerzahler gehen, ist nicht in Ordnung. Der Europarat sollte eigentlich die Reisen unserer Parlamentarier berappen, oder dann soll man bei den Auslagen und Bezügen pro Person eine Obergrenze einführen.

SVP-Nationalrat Walter Wobmann hat einen Vorstoss eingereicht, der jedoch in der Staatspolitischen Kommission abgeschmettert wurde.

Es zeigt sich einmal mehr, dass überall «abgezockt wird», nicht nur in den Chefetagen der Banken, Versicherungen usw., sondern überall, wo sich die Möglichkeit dazu bietet. Da scheuen auch die netten linken Politiker nicht davor zurück, in fremde Kassen zu greifen, wenn es zu ihren eigenen Gunsten ist. Wasser predigen und Wein trinken, offenbar auch das Motto von Nationalrat Gross.

Gut Schlafen

GS Möbel ist seit 40 Jahren das Bettenfachgeschäft für gesundes Schlafen und gediegene Wohnkultur.

Hier finden Sie die besten Marken für Betten, Matratzen, Bettsodas und Pflegebetten. Parkplätze vorhanden! Beratung auch bei Ihnen zuhause.

superba Schweizer Schlafkultur riposa SWISS SLEEP

Zähringerstr. 32, 8001 Zürich, 044 251 11 84
Büro im Zürcher Oberland: 044 938 10 10
www.gsmoebel.ch Montags geschlossen

Gesund Schlafen. GS MOEBEL

KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Keine Berufsausbildung für jugendliche Sans-Papiers

Diese Woche behandelte der Kantonsrat eine Reihe von Parlamentarischen Initiativen. Die Themen reichten von Abschaffung des konstruktiven Referendums, Stipendienreform bis zu Gegaliner. Eine Parlamentarische Initiative bezweckt den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen. Stellen sich mindestens 60 Ratsmitglieder hinter das Begehren, wird die Initiative an eine kantonsrätliche Sachkommission überwiesen. Deren Antrag geht an den Regierungsrat zur Stellungnahme und der Kantonsrat beschliesst abermals. Stimmt der Rat dem Antrag zu, untersteht dieser dem fakultativen Gesetzesreferendum – lehnt der Rat den Antrag der Kommission ab, so ist das Verfahren beendet. Parlamentarische Initiativen ermöglichen dem Kantonsrat, seinen Gesetzgebungsauftrag nötigenfalls auch ohne Mitwirkung der Regierung wahrzunehmen. Neben den Parlamentarischen Initiativen stand zudem eine Behördeninitiative betreffend der Berufsausbildung für jugendliche Sans-Papiers auf dem Programm.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Der Gemeinderat der Stadt Zürich verlangte mit einer Behördeninitiative, dass Massnahmen geprüft werden, die es jugendlichen Sans-Papiers künftig ermöglichen sollen, eine Berufsausbildung zu machen.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden) betonte im Rat, dass die Behördeninitiative unnötig sei, da das Anliegen bereits auf Bundesebene diskutiert werde. Zudem werde mit dem Vorstoss die gültige Gesetzgebung ausgehebelt. Solange der Status einer Person nicht geklärt sei, müsse auch keine Integration stattfinden. Überdies wolle die Ratslinke mit ihrem Anliegen Schwarzarbeit legalisieren und Lohndumping und Sozialmissbrauch fördern (siehe Kommentar).

Ruedi Menzi (SVP, Rüti) stellte im Rat klar, dass sich Sans-Papiers illegal in der Schweiz aufhalten würden und darum eine Integration ausser Betracht falle. Das Ziel müsse sein, dass diese Personen in ihre Herkunftsländer zurückkehren. René Isler (SVP, Winterthur) wies darauf hin, dass mit diesem Vorstoss Illegales legalisiert werden würde. Die geltenden Ausländer- und Asylgesetze sagen klar, dass Personen, die sich illegal in unserem Land aufhalten, wieder ausgeschafft werden müssen.

Es gehe nicht um Flüchtlinge, sondern um Personen, die meist aus wirtschaftlichen Gründen in die Schweiz kommen und ihre Papiere vorsätzlich entsorgen. Wenn diese Personen später heiraten wollen, seien die Papiere meist im Handumdrehen wieder gefunden.

Zudem dürfe man den jugendlichen keine Berufsausbildung erlauben, da sonst die ganze Familie während Jahren nicht mehr ausgeschafft werden könne. Der Kantonsrat folgte diesen Argumenten und unterstützte die Behördeninitiative nicht.

Konstruktives Referendum

Gleich drei Parlamentarische Initiativen (PI) drehten sich um das konstruktive Referendum. Während die SP eine moderate Reform verlangte, forderte die CVP und EVP längere Fristen und mehr Unterschriften. Die SVP hingegen forderte die Abschaffung des konstruktiven Referendums. Claudio Zanetti (SVP, Zollikon) betonte im Rat, dass die ersten Erfahrungen mit dem neuen Instrument gezeigt haben, dass es kaum praktikabel sei und mehr zum Zweck der Destruktion eingesetzt werde. Immer häufiger müssen Gerichte darüber entscheiden. Dadurch werde der Volksentscheid herausgezögert und der Parlamentsbetrieb praktisch lahm gelegt. Zudem werden Ausgangslagen für Abstimmungen geschaffen, die eine unverfälschte Willenskundgabe des Souveräns weitgehend verunmöglichen. Das neue Volksrecht könne darum getrost abgeschafft werden. Der Rat unterstützte die PI's der CVP und EVP sowie der SVP deutlich und lehnte die der SP ab.

Stipendienreform

Mit zwei PIs forderten CVP, EVP und SP mehr Stipendien durch tiefere Elternbeiträge und zusätzliche Unterstützungsbeiträge für 45- bis 50-jährige Personen. Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) betonte im Rat, dass die CVP mit der Forderung nach tieferen Elternbeiträgen einem Systemfehler aufgelaufen sei. Die heutige Lösung des Kantons Zürich, die Elternbeiträge ohne Betrachtung von Ausgaben grundsätzlich auf dem steuerbaren Einkommen zu basieren, sei konsequent und einfach. Die PI der CVP sei darum buchhalterisch ein zweifelhaftes Ungetüm. Mehr Stipendien würden eine Aufwandsteigerung der Ertragsrechnung des Kantons bedeuten und somit eine Erhöhung des Defizits und eine Verminderung des Eigenkapitals. Somit wäre dies eine Leistung auf Kosten unserer Nachkommen. Ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule sei im Kanton Zürich mit den notwendigen Qualifikationen

für alle Personen praktisch gratis (Ausnahme Studiengebühren). Der Kanton sorge diesbezüglich bereits für Chancengleichheit. Es sei nach wie vor richtig, dass vor Inanspruchnahme staatlicher Hilfe die Solidarität innerhalb von Familien in einem hohen Mass verlangt werde. Eltern seien verpflichtet, mit ihrem Einkommen und Vermögen für die Ausbildung ihrer Kinder zu sorgen. Umgekehrt seien zum Beispiel auch Angehörige zur finanziellen Unterstützung verpflichtet, wenn später Eltern zu Pflegefällen werden. Zudem würden knappe finanzielle Verhältnisse zu einem kompakten und erfolgreichen Studium führen. «Ewiges studieren» soll weiterhin unlukrativ bleiben. Zu der Forderung, Stipendien für 45- bis 50-jährige Personen zugänglich zu machen, betonte Matthias Hauser im Rat, dass den staatlichen Leistungen irgendwo Grenzen gesetzt werden müssen. Die Finanzierung von Erstausbildungen der Jungen habe Priorität. Es liege im Interesse der Allgemeinheit, dass die Abschlüsse der Grundbildung bis hin zum tertiären Abschluss in jungen Jahren erreicht würden. Im Alter mache Bildung weise und zufrieden, bringe der Volkswirtschaft jedoch wenig. Darum müsse in Zeiten finanzieller Knappheit das Wünschbare vom Notwendigen getrennt werden. Der Rat unterstützte die beiden PIs dennoch.

Gigaliner

Mit einer PI forderten die Grünen eine Ständesinitiative in Bern einzureichen mit dem Zweck, Gegaliner auf Schweizer Strassen auf keinen Fall zuzulassen. Sogenannte Gegaliner sind bis zu 25 Meter lange und bis zu 60 Tonnen schwere Lastwagen. Die EU-Kommission prüft zurzeit, ob sie diese flächendeckend auf ihren Transitachsen zulassen will.

Die SVP-Fraktion unterstützte die PI nicht, da grössere Lastwagen auch weniger Fahrten zur Folge haben. Zudem verkehren in den Städten bereits 25 Meter lange öffentliche Busse. Der Rat unterstützte die PI dennoch.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Ausländerrecht unterwandert



MARTIN ARNOLD
KANTONS RAT SVP
OBERRIEDEN

Das Kantonsparlament hat am vergangenen Montag eine parlamentarische Initiative des Gemeinderates der Stadt Zürich «beerdigt». Diese forderte, dass illegal Anwesende Jugendliche (auch verniedlichend Sans Papiers genannt), eine Berufslehre hätten antreten können. Nun – dies tönt nach parlamentarischem Alltag. Dennoch lohnt sich ein genauerer Blick auf den Vorstoss und dessen Hintergründe.

Vordergründig überrascht es nicht, dass Linke und Gewerkschafter die Urheber einer ganzen Kaskade von Vorstössen in dieser Richtung sind. Eine parlamentarische Initiative wurde gleichentags zurückgezogen, ein Postulat ist noch hängig. Erfreulich ist, dass der Zürcher Kantonsrat dem unsinnigen Anliegen eine klare Abfuhr erteilt hat. Mit nur 59 Stimmen fand die Initiative keine Unterstützung. Das ist auch richtig so. Denn dieser Schritt würde eine Unterwanderung des gültigen Ausländerrechts bedeuten. Wer ohne gültigen Aufenthaltsstatus – oder eben illegal – anwesend ist, soll ausgewiesen werden. Wer seine Identität tatsächlich nicht belegen kann (nicht wer sie nicht belegen will) hat Anrecht auf ein ordentliches Verfahren. So

lange der Aufenthaltsstatus aber nicht geregelt ist, ist eine Integration nicht nötig. Was es braucht sind rasche Verfahren und die konsequente Durchsetzung des gültigen Rechts.

Mit dem von Linken und Gewerkschaftern vorgeschlagenen Weg sollen illegal anwesende Personen geradezu belohnt werden. Illegaler Aufenthalt, Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Lohndumping und Sozialhilfemissbrauch werden mit derartigen Forderungen legalisiert. Aus dem Rechtsstaat soll Gurkensalat gemacht werden. Dass dabei die Interessen von Arbeitnehmenden, Steuerzahlern und dem einfachen, ehrlichen Bürger verraten werden, scheint die Genossen nicht zu interessieren. Das Verständnis in der Bevölkerung für die gültige Flüchtlings- und Asylpolitik wird so unterwandert und die Radikalisierung wird gefördert. Die humanitäre Tradition wird durch Tolerierung des Missbrauchs geschwächt. Auch die vor kurzem von linker Seite beklagte Lehrstellenknappheit scheint schon wieder vergessen zu sein.

So gesehen ist der Absender dieser Initiative doch etwas erstaunlich. Aber der Verrat an der eigenen Wählerschaft und den eigenen Idealen scheint die Genossen nicht zu kümmern. Unsere Aufgabe wird es sein, die Bevölkerung noch vor den nächsten Wahlen über diese verfehlte Politik aufzuklären!

Gespaltene Mitte in Bundesbern

Auch auf der dafür zuständigen Bundesebene wurde fast zeitgleich dasselbe Thema diskutiert. Dort allerdings mit einem erstaunlichen Resultat: mit 93 zu 85 Stimmen (bei 8 Enthaltungen und 12 Abwesenden!) wurde am 3. März eine Motion überwiesen, welche den Bundesrat ersucht, Massnahmen zu prüfen, die es ermöglichen, widerrechtlich anwesenden Jugendlichen den Eintritt in eine Berufslehre zu ermöglichen. Möglich war dies, weil die Fraktionen von CVP und FDP ziemlich genau in der Mitte gespalten und somit für den Ausgang der Abstimmung bedeutungslos waren.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Wenn Datenschutz zur Grotteske verkommt

Die SVP-Kantonsratsfraktion bekräftigte am Montag den Grundsatz, dass Datenschutz nicht Täter schützen darf. Mit der nachfolgenden Fraktionserklärung und dem Aufschalten einer Website zeigt sich die SVP gewillt, dieser Fehlentwicklung Einhalt zu gebieten.

CLAUDIO ZANETTI
KANTONS RAT SVP
ZOLLIKON

In einem Kanton, in dem – selbstverständlich auf Kosten der Steuerzahler – das Recht eines Geissbocks am eigenen Bild eingeklagt werden kann, während gleichzeitig die Privatsphäre des Bürgers und insbesondere diejenige von Bankkunden zunehmend mit Füssen getreten wird, vermag eigentlich kaum mehr etwas zu erstaunen. Doch vergangene Woche mussten wir erfahren, dass sich auf dem Gebiet des Datenschutzes jede Grotteske noch übertreffen lässt:

Da gibt es einen Goldschmied, der, nachdem er innert 13 Jahren siebenmal Opfer von Einbrüchen geworden ist, in und um seinen Laden herum Foto- und Videokameras installierte. Und prompt machten sich vor Kurzem erneute zwei jugendliche Ganoven mit Brecheisen an seiner Eingangstür zu schaffen. Dass es sich um junge Täter handelt, ist auf den Bildern klar zu erkennen. Nicht nur das: Zumindest von einem Täter konnte auch das Gesicht in tadelloser Qualität festgehalten werden. Es würde sich vorzüglich zu Fahndungszwecken eignen.

Der Mediensprecher unserer Kantonspolizei, die den Auftrag hat, das verfassungsmässig Recht auf Eigentum, zu schützen, versicherte ebenfalls vor einer Kamera – allerdings der ei-

nes TeleZüri-Journalisten – wie leid es ihm tue und wie sehr er Verständnis habe für die Frustration des Geschäftsinhabers, doch das Bildmaterial dürfe aus Gründen des Datenschutzes nicht verwendet werden. Die Bevölkerung könne nämlich nur bei schweren Delikten um Mithilfe ersucht werden. Als handelte es sich bei Einbruch und Diebstahl um Lappalien.

Sollten unsere Gesetze die Interessen von Straftätern tatsächlich in dermassen stossender Art und Weise über diejenigen der rechtschaffenen Bevölkerung stellen, und sollte sich auf dem Wege der Auslegung keine Abhilfe erreichen lassen, so sind diese Gesetze schleunigst zu ändern. Wir von der SVP sind allerdings nicht gewillt, zu warten, bis sich der Herr Justizdirektor und der Herr Sicherheitsdirektor dazu bequemen, Massnahmen in die Wege zu leiten, um dieser Schindluderei mit unserem Rechtsstaat ein Ende zu setzen.

Der Schutz des Eigentums ist von derart eminenter Bedeutung, dass die Verfolgung und Bestrafung von Einbrechern, Dieben und Räubern keinen Aufschub erträgt. Wir von der SVP haben uns daher dazu entschlossen, das Filmmaterial, das uns vom erwähnten Goldschmied freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde, auf der Website www.schurken.ch zu veröffentlichen.

WWW.SCHURKEN.CH

Grosse Nachfrage – positive Reaktionen

ZB. Auf die Website www.schurken.ch wurde seit dem Aufschalten vom vergangenen Montag mehr als 15 000 Mal zugegriffen. Die verlinkten Videos wurden bei Youtube bereits über 25 000 Mal angeklickt. Im Sekretariat der SVP des Kantons Zürich gingen viele positive Reaktionen ein – auch aus Polizeistenkreisen wurden Sympathiebekundungen übermittelt ...

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... eine parlamentarische Initiative betreffend Bauprogramm Erneuerung der kantonalen Gebäude vorläufig unterstützt. ☹
- ... eine parlamentarische Initiative betreffend konstruktives Referendum in der Kantonsverfassung vorläufig unterstützt. ☺
- ... eine parlamentarische Initiative betreffend Abschaffung des konstruktiven Referendums vorläufig unterstützt. ☺
- ... eine parlamentarische Initiative betreffend konstruktives Referendum nicht unterstützt. ☺
- ... eine parlamentarische Initiative betreffend Ständesinitiative gegen Gegaliner auf Schweizer Strassen vorläufig unterstützt. ☹
- ... eine Behördeninitiative betreffend Berufsausbildung für jugendliche Sans-Papiers nicht unterstützt. ☺
- ... eine parlamentarische Initiative betreffend Elternbeiträge sind wichtig, aber zu hoch (Stipendienreform I), vorläufig unterstützt. ☹
- ... eine parlamentarische Initiative betreffend Eltern den Wiedereinstieg erleichtern (Stipendienreform II) vorläufig unterstützt. ☹

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Beni Schwyter



Alter: 38 Jahre
Beruf: Geschäftsführer/
 lic. iur. HSG
Gemeinde: Meilen

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Ich bin seit 2009 SVP-Mitglied, weil ich für die kommende Legislaturperiode ein Behördenamt anstrebe und in unserer Gemeinde Mitverantwortung für die Zukunft übernehmen will. Ich habe die SVP gewählt, weil dies die einzige Partei ist, die sich geradlinig und konsequent für die Interessen der Schweiz einsetzt.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Vielleicht schon bald im Parteivorstand; dies wird die kommende Parteiversammlung zeigen. Zudem engagiere ich mich während des laufenden Wahlkampfes als Anlass-Moderator, verfasste Zeitungsberichte sowie Leserbriefe und nehme mit unseren Mitkandidaten bei jedem Wetter an unzähligen Standaktionen teil.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Ich wünsche mir eine sichere, unabhängige und engagierte Schweiz, die voller Zuversicht und Stärke der europäischen Gleichmacherei trotzt. Dazu braucht es auf allen Ebenen Führungspersonen, die unsere Errungenschaften nicht einfach Preis geben, sondern einstecken für die Schweiz.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

Alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher verteidigt mit einem unermüdeten Einsatz für uns alle erfolgreich den Sonderfall Schweiz. Er ist eine lebende Legende; seinen unzähligen Verdiensten wegen gebührt ihm ein ewiger Dank!

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Ich kandidiere für einen Sitz in der Rechnungsprüfungskommission von Meilen, um mich für einen weiterhin tief bleibenden Steuersatz und einen kostenoptimalen Erhalt unserer Infrastruktur einzusetzen. Auch in unserer Gemeinde müssen die Schrauben angezogen werden. Drücken Sie mir die Daumen!

JUNGE SVP ZÜRICHSEE-OBERLAND

Die Junge SVP Zürichsee-Oberland wählte neue Präsidentin

Die Junge SVP Zürichsee-Oberland wählte am letzten Freitag Simone Akermann anlässlich der Generalversammlung zur Präsidentin. Als Gastreferent sorgte Toni Brunner, Nationalrat und Parteipräsident der SVP Schweiz, für eine spannenden Zugabe.

JSVP. An der diesjährigen Generalversammlung vom 12. März 2010 wurde die 27-jährige Simone Akermann aus Volketswil zur neuen Präsidentin der Jungen SVP Zürichsee-Oberland gewählt. Toni Brunner, der als Gastredner eingeladene Nationalrat und Parteipräsident der SVP Schweiz, hielt ein

spannendes Referat und sorgte somit für eine tolle Zugabe. Er berichtete von den aktuellen Geschehnissen in Bern und erklärte der Versammlung die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Ereignissen, welche zurzeit in den Medien kursieren. Die neu gewählte Präsidentin Simone Akermann

arbeitet bei einer Versicherung. Sie war zuvor Sekretärin der Jungen SVP Zürichsee-Oberland und ist neben ihrem neuen Amt als Präsidentin weiterhin als Sekretärin der Jungen SVP Kanton Zürich tätig. Anita Borer wird die Sektion der Jungen SVP Zürichsee-Oberland weiterhin im Vorstand

unterstützen. Sie hat das Präsidium der Sektion abgegeben, da sie am 29. Januar 2010 zur Präsidentin der Jungen SVP Kanton Zürich gewählt wurde. Der restliche Vorstand mit Vizepräsident Gabriel Spirig, Kassier Patrick Walder und Mitgliederbetreuerin Sabrina Schenkel bleibt ebenfalls bestehen. Die Junge SVP Zürichsee-Oberland verbrachte einen abwechslungsreichen Abend mit Toni Brunner und setzte mit der Wahl der neuen Präsidentin neue Ziele. Die Partei freut sich, mit Simone Akermann eine dynamische und zielorientierte junge Frau als Präsidentin gefunden zu haben.

LESERBRIEF

Die Einbürgerung wie sie einmal war

Zu ihrem Artikel «Anspruch auf das Bürgerrecht für alle» aus der letzten Ausgabe des Zürcher Boten, hätte ich einiges zu sagen. Ich habe mich 1981 als Österreicher hier eingebürgert. Verheiratet mit einer Schweizerin und 18 Jahre ununterbrochen in Zürich gelebt, schien mir dies kein schwieriges Unterfangen. Doch weit gefehlt. Nicht nur, dass die Polizei bei mir zu Hause auftauchte und sämtliche Nachbarn über mich ausfragte, musste ich noch in die Schule, um mir über die Schweizer Geschichte Wissen anzueignen. Ich machte dies alles mit, da ich unbedingt Schweizer werden wollte. Nach zwei Jahren war es dann endlich soweit, leider wurde ich kurz vor dem Finale krank, worauf meine Einbürgerung sistiert wurde. Nach der Gene-

sung ging es dann endlich weiter und ich bekam den Entscheid, dass meine Einbürgerung Kosten von insgesamt 12 000 Franken mitbringen würde, die ich selbstredend ohne Schulden zu machen, zu bezahlen hatte. Nach insgesamt drei Jahren bekam ich dann endlich das Schweizer Bürgerrecht und habe es bis heute nicht bereut. Wenn ich lese, was es heute für eine Einbürgerung braucht, kommt mir jedoch die Galle hoch. Der Ausspruch von Regierungsrat Notter, wonach Sozialhilfebezug kein Grund für eine Ablehnung des Bürgerrechts ist, setzt dem ganzen die Krone auf. Wenn wir auf dieser Basis weiter einbürgern, sehe ich grosse Probleme auf die Schweiz zukommen.

Helmut Kiesalter, Zürich

Die Zeche bezahlt nun das arbeitende Volk

Am 7. März wurde über die Senkung des Umwandlungssatzes abgestimmt. Wie wir wissen, wurde dieses Begehren deutlich abgeschmettert. Die Mehrheit hat entschieden, dies gilt es zu akzeptieren. Was allerdings nicht akzeptiert werden darf, sind die Äusserungen der Herren Levrat & Co. Sein Kommentar «Waterloo der Bürgerlichen» sowie weitere Forderungen zeigen, dass diese Herren schlicht und ergreifend nicht wissen, dass jeder Franken, den sie fordern, zuerst erwirtschaftet werden muss. Weitere Fragen wirft die nicht mehr vorhandene Glaubwürdigkeit gewisser Wirtschaftsvertreter auf. Denn die Problematik ist folgende: Diese Vorlage wurde vermischt mit der aktuellen Diskussion um die Abzockerei. Dazu muss man anmerken, dass diese technische Vorlage in Verbindung mit existentiellen Inhalt, in dem momentanen Umfeld, gerade dazu einlädt um missbraucht zu werden. Das «Waterloo», erleben unsere Sozialwerke nach und nach – sonst stünden sie nicht ständig zur Diskussion. Wer bezahlt das alles? Die arbeitende, steuerzahlende Bevölkerung. Anstelle von Leistungen zu kürzen (moderat), werden dem Arbeitnehmer die Abgaben erhöht. Das bedeutet irgendwann unbezahlbare Arbeitsplätze ... oder billigeres Personal. Der Druck auf die arbeitende Bevölkerung wird bis ins Unermessliche gesteigert. Vor diesem Hintergrund verstehe ich jeden Arbeiter, der die Faust im Sack ballt. Auf alle Fälle sind die Probleme mit dieser Verhinderung nicht aus der Welt geschafft, sondern eine Überstrapazierung der Solidarität

wird bewirkt. Klar ist, diese Sache wird noch länger zu reden geben. Ebenso klar wie dies ist der Fakt, dass jetzt schleunigst etwas gehen muss punkto Revision des Aktienrechts. Wenn dort einmal Klarheit herrscht oder es zumindest in geordneten Bahnen verläuft, kann man diese langsam ätzende Abzocker-Diskussion endlich ad acta legen, um solch tragende Entscheide zukünftig mit schweizerischem Pragmatismus fällen zu können. Ebenso befürworte ich eine unabhängige Aufsicht der Pensionskassen. Auch dies schafft Transparenz in Sachen Verwaltungskosten usw. Die Linke wäre gut beraten, auf ideologische Grabenkämpfe zu verzichten. SP und Grüne sowie die Gewerkschaften sind aufgerufen, konstruktiv mitzuarbeiten. Ansonsten, so denke ich zumindest, wird sich ihre kurzfristige Politik rächen. Denn wenn nichts mehr in den Töpfen ist, kann auch nichts mehr aus ihnen rausgenommen werden. Spätestens dann stockt der vielzitierte Umverteilungsmotor und spätestens dann trifft sie der Schlag des Bumerangs. Besonders hervorzuheben ist SP-Nationalrat und Gewerkschaftsboss Rechsteiner. Er hat Lunte gerochen und wird unersättlich. Rechsteiner gleicht dem Kapitän der Titanic. Nur noch mehr Kohle schaufeln, der Umverteilungsmotor – dargestellt als Titanic – muss auf Hochtouren laufen. Immer schneller und geradeaus Richtung Eisberg ... wer bezahlt die Zeche? Ganz bestimmt nicht die Herren Levrat, Rechsteiner, Burger & Co.

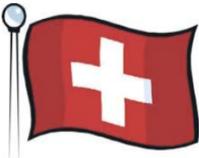
Michael Aemmer, Gossau ZH

Gesellschaft hat die Jugend, die sie verdient

Die Jugend ist wie ein Spiegel der Zeit, in dem sich die wahren Werte einer Gesellschaft – wenn auch in verzerrter Form – widerspiegeln. Sollen die Eltern die Jugendlichen zum Umgang mit Internet-Perversitäten erziehen? Die präsentierten Schamlosigkeit sind omnipräsent und starren von Plakatwänden, aus der Boulevardpresse, aus der Leinwand oder Mattscheibe von Fernsehen und Internet her. Wenn wir diese Entwicklung weiterhin dulden, macht sich die Gesellschaft, im besonderen auch die zuständigen

Behörden und Parteien, mitschuldig am Verbrechen an unseren Kindern. Solange Kinder und Jugendliche via Handy und Internet freien Zugang zu Gewalt- und Pornoseiten haben, können sich viele Eltern vergebens abmühen, den Kindern Grenzen zu setzen. Denn irgendwo findet sich immer ein Schlupfloch. Die westlichen Kulturen, einst stolz auf ihre jahrhundertalten Errungenschaften, haben es wirklich weit gebracht.

Walter Egli, Zürich



Komitee selbstbewusste freie Schweiz
 Comité pour une Suisse souveraine et libre
 Comitato per una Svizzera sovrana e libera
 Comité per una Svizra suverana e libra

Generalversammlung vom 20. März 2010

Einladung zum Vortrag
Zeit: 14.30 Uhr (Türöffnung 14.15 Uhr)
 Ort: Restaurant Frohsinn, Kloten

Wir freuen uns an der Generalversammlung
Nationalrat Ulrich Schlür
 als Referenten begrüßen zu dürfen.

Er wird zum hoch aktuellen Thema sprechen:

Der ungebändigte Drang von Bundesbern nach Brüssel

Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben sich schon mehrmals gegen einen EU-Beitritt der Schweiz ausgesprochen. Dennoch sehen die Euro-Turbos in Bern keinen Grund ihre Europapolitik zu revidieren und den Eilzug nach Brüssel zu stoppen. In einem Land, wo das Volk schlussendlich das letzte Wort hat, müssten die Volksvertreter alle Kraft für die Respektierung und Umsetzung des Volkswillens einsetzen. Von diesem kraftvollem Einsatz ist allerdings sehr wenig zu sehen. Neben einer kaum nachvollziehbaren Unterwürfigkeit gegenüber dem zentralistischen EU-Apparat in Brüssel, verfolgen der Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes eine Politik des vorausseilenden Gehorsams. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass die EU und einige EU-Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien den Respekt vor der Souveränität unseres Landes verloren haben. Im Steuerstreit mit diesen Ländern wurden Töne angeschlagen, die gegenüber «befreundeten Staaten» völlig fehl am Platz sind. Es ist schon sehr bedrohlich, wie unsere grossen Nachbarn zu Mitteln der Erpressung, der Diffamierung und zu unhaltbaren Schulduweisungen greifen und die Grundlagen eines Rechtsstaates mit geradezu unübertreffbarer Arroganz beugen.

Nationalrat Ulrich Schlür wird uns in seinem Referat die Hintergründe der aktuellen Politik der Schweiz gegenüber der EU darstellen und gleichzeitig Wege aufzeigen, wie wir mit mehr Selbstbewusstsein, die freie Schweiz gegenüber Europa verteidigen können.

Wir freuen uns auf das Referat von Herrn Schlür, vor allem aber auch auf eine rege Teilnahme seitens unserer Mitglieder, Freunde und Gönner. Ich bitte Sie die Einladung auch in Ihrem Bekannten- und Freundeskreis weiter zu verbreiten. Herzlichen Dank!

Vorstand Komitee selbstbewusste freie Schweiz

Reinhard Koradi
 Präsident

Hotel Dauhof Rütli
 Rinds-Entrecôte-Variationen
 Familie Spörri
 Tel. 055 240 17 98, So. geschl. mit Beilage Fr. 24.90

HEIZOEL HAURI
 Dieselöl Benzin
 Th. Hauri Brennstoffe AG
 Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
 Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Einladung zur öffentlichen Sessions-Veranstaltung

Aktuell aus dem Bundeshaus



Zu Gast:
Nationalrat Lukas Reimann

Referat und Diskussion
 Montag, 22. März 2010, 20.00 Uhr
 Gasthof Hirschen, Hinwil
 SVP Sektion Hinwil
 SVP des Bezirks Hinwil

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt.
 Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.–, Kissen Fr. 10.–.
 Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch.
 Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen.
 Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren Kloten

BETTFEDERNREINIGUNG
 POTEMA®
 MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG
 • 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
 Telefon 044 869 10 75
 Samstags auf tel. Anmeldung

www.raferfeld.com
 bettwaren@raferfeld.com

EINE UMSTELLUNG AUF QUELLENSTEUER WÜRD PROBLEME MIT DEM AUSLAND BRINGEN

Milliarden verschenkter Steuereinnahmen zurückfordern?

Diskussionen, ob die Schweiz wie ausländische Staaten die Steuern an der Quelle erheben soll, also die Steuern gleichmässig bei der Auszahlung von Löhnen und Renten abzuziehen, enthalten in der Regel nur inländischen Gesichtspunkte. In Wirklichkeit hätte die Schweiz einen extremen Widerstand von Seiten der Europäischen Union zu erwarten, wenn die Schweiz eine ähnliche Quellenbesteuerung einführen würde, wie dies in manch andern Ländern Europas bereits praktiziert wird. Der Grund: Der Schweizer Bundesrat hatte früher zu viel vom Schweizer Steueraufkommen ans Ausland verschenkt, ohne handfeste Gegenleistungen einzufordern. Für selbständig Erwerbende sind keine Änderungen bei der Besteuerung zu erwarten.

-er. Bund, Kantone und Gemeinden dürften bei guter Konjunktur etwa 8 Milliarden mehr Steuereinnahmen aus dem Werkplatz Schweiz erhalten oder von den beutegierigen ausländischen Steuerverwaltungen absichern. Wozu diese Mehreinnahmen verwendet werden sollen, das wäre noch festzulegen. Aber ein grosser Teil der Doppelbesteuerungsabkommen müsste in den Bereichen Löhnen und Renten gekündigt werden. Dies würde zwar kein zwingendes Völkerrecht verletzen. Um das Bankgeheimnis erhalten zu können, wurde zu viel von der Besteuerung der Löhnen und Renten ins Ausland verschenkt und problemlos wird dies nicht wieder zurückzubekommen sein.

Verzichte zugunsten von Nachbarländern

Würden in der Schweiz Quellensteuern erhoben, so würden alle, die im Werkplatz Schweiz arbeiten und diese Infrastruktur nutzen, Quellensteuern zu zahlen haben, auch die Grenzgänger und Rentenbezügler im Ausland. Zu Zeiten von Bundesrat Stich drohte die französische Zollfahndung, Banken in der Schweiz auf französische Bankkunden zu beschatten. Dann hatte der sozialistische Präsident Mitterrand und Bundesrat Stich vereinbart, dass mit Ausnahme von Genf die Grenzkantone zu Frankreich auf ihre Steuerhoheit bei den Grenzgängern zugunsten von Frankreich verzichten sollten. Von diesen Steuern aus der Schweiz gibt Frankreich nur ein Almosen zurück.

Im Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland vom August 1971 musste bei den Grenzgängern die Do-

mizilbesteuerung in einer Zone von 30 km (Hauptteil der deutschen Grenzgänger) zugelassen werden. Dies sollte ein stillschweigender Ausgleich sein für den deutschen Fiskus, dass so viel deutsches Geld auf Schweizer Bankkonten liegt. Der Kanton Tessin überlässt etwa 40 Prozent der Steuereinnahmen von den Grenzgängern den italienischen Grenzgemeinden, weit mehr als nach OECD-Standard.

Schweiz nutzt OECD-Standard zu wenig

Nach dem OECD-Standard im Muster-Doppelbesteuerungsabkommen wäre der Arbeitsstandort berechtigt, eine Quellenbesteuerung zu erheben und an den Wohnsitzstaat nur ein Almosen (etwa 4 Prozent des Bruttolohnes) abzugeben. Die Schweiz hat den OECD-Standard völlig umgekehrt, um dem Ausland wegen dem Bankgeheimnis etwas entgegenzukommen. Zudem ist ein Tiefsteuerland (juristisch: Steueroase) nach der OECD gehalten, Ländern mit höherer Abgablast pro Kopf mehr entgegenzukommen. Deshalb verfälscht die OECD seit Jahren die Statistik der staatlichen Abgaben und Steuern zum Nachteil der Schweiz, indem die berufliche Vorsorge, Krankenkasse, Unfallversicherung usw. nicht mehr als staatliche Abgaben gelten, im Unterschied zu Ländern mit andern Sozialversicherungssystemen. In der Folge fühlte sich die Schweiz verpflichtet, auch freiwillige Leistungen an die OECD zu zahlen.

Die Renten von AHV und IV, die bisher in Milliardenzahlungen steuerfrei ins Ausland abflossen, würden nun endlich erfasst. Bisher profitierten viele Länder von Portugal bis zum Koso-

vo. Die Zusatzrenten müssten wegen der Progression mit einer höheren Abgabe erfasst werden. Andererseits wäre eine Quellensteuer kompatibel mit dem Doppelbesteuerungsabkommen der EU, dass ihre ehemaligen Beamten in der Schweiz ihre Renten nicht mehr versteuern müssen.

Hier wohnen, ins Ausland steuern

Gegenwärtig können die Grenzgänger aufgrund der bilateralen Abkommen mit der EU in der Schweiz wohnen, müssen theoretisch aber pro Jahr mindestens für 50 Tage an ihren Hauptwohnsitz ins Ausland gehen. Aufgrund der bilateralen Verträge sind sie sozialhilfeberechtigt. Wenn im Doppelbesteuerungsabkommen festgelegt ist, dann sind die Steuern am Hauptwohnsitz zu zahlen. Deshalb leistet Deutschland an Arbeitslose, die in der Schweiz Arbeit finden und den Hauptwohnsitz in Deutschland lassen, finanzielle Zusatzleistungen. Würde wie in Frankreich der gewöhnliche Aufenthaltsort anstelle des Wohnsitzes der Quellensteuer zugrunde gelegt, könnten die Schweizer Steuerverwaltungen zusätzliches Geld aus dem Werkplatz Schweiz erfassen. Sogar Manager mit ihren grossen Boni, Abfindungen usw. würden trotz einem Wohnsitz im Ausland in der Schweiz besteuert. Würde bei der bisherigen Besteuerung das inländische Bankgeheimnis weiter bestehen, könnten sich Deutsche u. a. den Nachforschungen ihrer Heimatländer entziehen, indem sie ihre Schweizer Wohnadresse und nicht die ausländische Steueradresse bei den hiesigen Banken anmelden und dies wird bei den Doppelbesteuerungsabkommen viele Auslegungsprobleme geben. Aber bei einer

allgemeinen Quellenbesteuerung werden die Grenzgänger mit Wohnungen in der Schweiz sowieso am Arbeitsort steuerpflichtig, also in der Schweiz und viele Auslegungsprobleme würden sich von selbst erledigen.

Rücksicht auf Föderalismus

Die Quellensteuer ist sehr einfach in zentralisierten Staaten. In der Schweiz müsste der Föderalismus beachtet werden. Die Kantone müssten eine Umverteilungsorganisation aufbauen, damit die Steuererträge der Arbeitsplatzkantone mindestens teilweise auf die Kantone des gewöhnlichen Aufenthaltes geleitet würden (Entschädigungen mit Provisionen). Auch die Arbeitgeber müssten für ihre Einzugsarbeit entschädigt werden. Alle Kantone werden aber Mehrerträge erzielen, vor allem aber die Grenzkantone, was im Finanzausgleich Geberkantone wie Zürich massiv entlasten würde.

Milchkuh für EU-Länder bleiben?

Alle, die ihr Heil in einem EU-Beitritt

sehen, werden sich einsetzen, dass weiterhin Milliarden des Schweizer Steueraufkommens an das Ausland verschenkt werden und diese EU-Turbos werden gar noch weiteres Steueraufkommen in neuen Doppelbesteuerungsabkommen an EU-Länder verschenken wollen. Sozialdemokraten, Grüne und EU-Hörige werden es kaum wagen, das Steuersystem auf eine Quellensteuer umzustellen. Man versucht lieber, Probleme mit steuergerigen ausländischen Steuerverwaltungen zu vermeiden. Eine allgemeine Quellensteuer in der Schweiz dürfte die EU in ein Dilemma stürzen. Vor Jahren hatte die EU eine Gleichbehandlung der EU-Angehörigen bei der Quellenbesteuerung gefordert. Solch ein solches Entgegenkommen zur Gleichbehandlung würde bedeuten, dass die EU-Angehörigen in der Praxis noch mehr Steuern an die Schweiz zu entrichten hätten. Deshalb würde eine entsprechende Volksinitiative zu einer gewaltigen Nervosität im Bundesrat und bei den EU-Turbos führen.

DIE AKTUELLEN VORSTÖSSE

Postulat: Erhöhung des Strafmasses bei sexuellen Handlungen mit Kindern



NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Der Bundesrat wird gebeten, geeignete Massnahmen zur Verschärfung von Artikel 187 des Schweizerischen Strafbuchgesetzbuchs (StGB; SR 311.0) zu prüfen. Dabei stehen vor allem zwei Ansätze im Vordergrund:

1. Die Streichung bedingter Geldstrafen: Sexuelle Handlungen mit Kindern gemäss Art. 187 Ziff. 1 und 4 sollen mit Freiheitsstrafe bis zu fünf bzw. drei Jahren oder mit unbedingter Geldstrafe bestraft werden.
2. Die Schaffung eines qualifizierten Tatbestands für schwere Wiederholungstäter: Im Wiederholungsfall soll der Täter mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren bestraft werden, sofern das Opfer zur Zeit der Tat das 12. Altersjahr noch nicht zurückgelegt hat.

Begründung

Kürzlich wurde bekannt, dass der mitt-

lerweile vom VBS entlassene Berufsunteroffizier M.W. ein Wiederholungstäter ist. Der genannte Täter wurde wegen wiederholter sexueller Handlungen mit einem Kind verurteilt. Das Strafmass der betreffenden Geldstrafe betrug 100 Tagessätze à 160 Franken, wobei für 60 Tagessätze der bedingte Vollzug gewährt wurde. Es ist unverständlich, dass ein Täter, der bereits vor allem zwei Ansätze im Vordergrund:

Zahlreiche pädophile Straftäter kommen wieder frei, und immer wieder werden Täter rückfällig. Die Strafen, welche für sexuelle Handlungen mit Kindern ausgesprochen werden, sind zu tief und offensichtlich wenig abschreckend. Dass Täter, welche zum wiederholten Mal sexuelle Handlungen mit einem Kind begehen, mit einer einfachen Geldstrafe davonkommen, die darüber hinaus noch zu einem wesentlichen Teil bedingt ausgesprochen wird, ist unverständlich.

Falsche Zielsetzung für Zürcher Stipendien

Im Zürcher Kantonsrat wurden in den letzten Monaten diverse Vorstösse zum Stipendienwesen eingereicht, meist mit dem Ziel, die Ausgaben für Stipendien zu erhöhen. Oft gehörte Argumente waren «der Kanton ist bei den Stipendien knausrig» und «der Anteil der Stipendienbezügler an der Wohnbevölkerung muss vom tiefen Stand von 0,3 Prozent auf das schweizerische Mittel von 0,7 Prozent angehoben werden». Das Erste ist nicht richtig und das Zweite nicht sinnvoll.



ANDREA V. PLANTA
KANTONS RAT SVP
ZÜRICH KREIS 4/5

Zürich ist ein Hochschulkanton und bietet seinen Bewohnern eine volle Palette von Ausbildungsmöglichkeiten an, welche quasi vor der Haustüre liegen. Das Angebot reicht von der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH über die Universität bis zu den breit gefächerten Fachhochschulen. Das qualitativ hochwertige Schulungsangebot erhöht die Attraktivität von Zürich und bildet einen wichtigen Faktor bei Standortentscheidungen von Privaten wie auch von Firmen. Hinzu kommt noch, dass der Kanton Zürich verkehrsmässig sehr gut erschlossen ist, nicht zuletzt wegen des gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetzes. Unsere jungen Leute können also, wenn sie das wollen, bei den Eltern leben und auf diese Weise Geld sparen für andere Dinge. Die meisten Kantonsgebiete sind derart gut vom öffentlichen Verkehr bedient, dass die tägliche Reise an die Schule kein Problem darstellt.

Äpfel nicht mit Birnen vergleichen

Völlig anders präsentiert sich die Situation bei relativ abgelegenen Nicht-Hochschulkantonen, wo der Anteil der Stipendienbezügler wesentlich höher liegt (Graubünden und Jura 1,5 Prozent, Wallis 1,2 Prozent). In den meisten Fällen sind junge Leute aus diesen Kantonen gezwungen, von zu Hause wegzuziehen, wenn sie studieren wol-

len. Sie müssen sich eine Unterkunft suchen und sich auch ausserhalb des Elternhauses verpflegen. All dies ist für die Eltern mit zusätzlichen Kosten verbunden, was unter gegebenen Umständen die Ausrichtung eines Stipendiums gerechtfertigt.

Folglich wäre es völlig verfehlt zu fordern, dass der Kanton Zürich den Anteil der Stipendienbezügler von 0,3 Prozent, womit er in dieser Hinsicht am Schluss aller Kantone steht, auf das schweizerische Mittel von 0,7 Prozent anheben soll, denn wir können auf keinen Fall Hochschulkantone mit Nicht-Hochschulkantonen vergleichen. Hingegen ist es für unseren Kanton wichtig, dass diejenigen Fälle, wo ein Stipendium Sinn macht, mit einer geeigneten Systematik herausgefiltert werden, und dass dort effizient geholfen wird. Damit kommen wir zur Frage der Knausrigkeit unseres Kantons.

Betrachten wir nun die durchschnittlich ausgerichteten Stipendienbeträge pro Kopf, so steht der Kanton Zürich plötzlich an der Spitze, und zwar mit Abstand! Die BFS-Auswertung zeigt, dass in Zürich durchschnittlich Fr. 7300.- ausgerichtet werden.

Auf Rang zwei folgt der Kanton Thurgau mit Fr. 6600.-, das schweizerische Mittel liegt bei Fr. 5500.-. Die oben genannten Nicht-Hochschulkantone liegen in dieser Statistik ebenfalls wesentlich tiefer als unser Kanton: Jura Fr. 5800.-, Graubünden Fr. 4700.-, Wallis Fr. 3800.-. Das heisst aber nichts anderes als: Wenn sich der Kanton für ein Stipendium entschliesst, dann hilft er relativ grosszügig.

Bei den Zürcher Studenten von heute kommt es vor, dass jemand, der zwar zu Hause gratis wohnen könnte, trotzdem weg will, um zum Beispiel in einem Zimmer einer Wohngemeinschaft zu leben. Stipendiengeld für diese Art von Komfortsteigerung einzusetzen, macht wenig Sinn. Hingegen schadet es den jungen Leuten nicht, wenn sie einen geeigneten Nebenjob suchen. Möglichkeiten gibt es in Zürich viele, z.B. Nachhilfestunden erteilen, Arbeit als Kellner, Buchhalter, PC-Supporter usw. Bei späteren Stellenbewerbungen kann sich das sogar positiv auswirken, denn der zukünftige Arbeitgeber sieht gerne, wenn ein Bewerber aus eigener Initiative eine solche Tätigkeit sucht und ausübt. Auch gibt die Tätigkeit dem Studenten oft wertvolle Einblicke ins Berufsleben und in die betroffenen Branchen.

In seiner kürzlichen Antwort auf eine Anfrage aus dem Kantonsrat (Nr. 390/2009) teilt der Regierungsrat mit, er wolle die diversen Vorstösse zum Thema Stipendienwesen gemeinsam behandeln, da es sich um ein komplexes Gefüge mit vielen inneren Abhängigkeiten handle.

Dem kann man nur zustimmen und hoffen, dass er dabei das übergeordnete Ziel nicht vergisst. Es geht nicht darum, im Hochschulkanton Zürich das schweizerische Mittel von 0,7 Prozent bei den Stipendienbezügern zu erreichen. Vielmehr müssen die unterstützungswürdigen Fälle mit einer geeigneten Systematik gefunden werden. Schliesslich wäre es auch sinnvoll, die Stipendien an gewisse Leistungskriterien zu binden.



HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

Der Bundesrat wird beauftragt, baldmöglichst eine Gesetzesänderung zur Verschärfung des Jugendstrafrechts mit folgenden Schwerpunkten vorzulegen:

- Bei schweren Verbrechen sind generell unbedingte Strafen auszusprechen.
- Wird eine «Massnahme» (Heimeinweisung) angeordnet und kooperiert der jugendliche Täter nicht, so muss der Vollzug der Freiheitsstrafe auch in einem Gefängnis möglich sein.
- Der maximale Freiheitsentzug von heute vier Jahren ist massgeblich zu erhöhen.
- Bei besonders schweren Straftaten sollen Jugendliche nach dem Erwachsenenstrafrecht beurteilt werden können.

Begründung

In letzter Zeit häufen sich schwere Straftaten, die von jugendlichen Tätern, zum Teil «aus Langeweile» oder «um Spass zu haben», verübt werden. Immer mehr kommt es zu Gewalttaten, die eine erschreckende kriminelle Energie der jugendlichen Täterschaft offenbaren. Hier muss das Jugendstrafrecht glaubwürdig eingreifen – auch im Hinblick auf die präventive Wirkung.

Unser Jugendstrafrecht erfüllt diese Anforderungen nicht. Obwohl erst seit

2007 in Kraft, ist es höchst revisionsbedürftig und im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten ein negativer Sonderfall. Es trennt strikte zwischen über und unter 18-jährigen Tätern, ohne die Schwere der Straftat und die kriminelle Energie zu berücksichtigen. Der maximale Freiheitsentzug liegt bei vier Jahren – gegenüber 10 Jahren in Deutschland. Zudem werden nach gängiger Rechtspraxis zum Teil auch bei Gewaltverbrechen bedingte Strafen ausgesprochen, die geradezu lächerlich sind. Wird dennoch einmal die Höchststrafe von vier Jahren verfügt, so erfolgt in der Regel die Entlassung nach der Halbzeit.

Erfolgt als «Massnahme» die Einweisung in eine Vollzugseinrichtung, so können Jugendliche laut Gesetz zwar bis zum 22. Altersjahr dort festgehalten werden, die Entlassung erfolgt aber meist viel früher. Wer als besonders schwerer Fall aus dem Heim entweicht und nicht ins «therapeutische Konzept» des Heimes passt, stellt die Behörden vor kaum lösbare Probleme. In derartigen Fällen muss der Strafvollzug künftig auch in einem Gefängnis möglich sein. Und generell muss der Unfug bedingter Strafen bei schwersten Verbrechen aufhören.

Insgesamt drängt sich eine Verschärfung des stark therapeutisch ausgerichteten Jugendstrafrechts auf. Die Betonung des «erzieherischen Aspektes der Strafe» ist bei der erschreckenden kriminellen Energie, die zunehmend jugendliche Straftäter, insbesondere solche mit Migrationshintergrund, an den Tag legen, nicht mehr zu rechtfertigen.

Fadegrad

Verkehrsstau?



VON ROLF A.
SIEGENTHALER

Am Dienstag hatte der Schreibende Gelegenheit, als Zuhörer an einer Podiumsveranstaltung

der Unternehmergruppe Wirtschaftlichkeit UGW zum Thema Verkehr in der Stadt Zürich teilzunehmen. Auf dem Podium sass Gemeinderat Albert Leiser als Leiter der Arbeitsgruppe der UGW, die sich mit dem Verkehr in der Stadt befasst, Stadt-ingenieur Dr. François Aellen, Markus Traber, Chef des Amtes für Verkehr des Kantons, und Jürg Röthlisberger, Chef der Abteilung Strasseninfrastruktur im ASTA. Die Diskussion wurde magistral geleitet von Karl Löönd, der mit viel Schalk und Hintergrundwissen die Kernthemen herauszuholen wusste. Röthlisberger warf der Stadt vor, sie übernehme den Verkehr nicht, den der Bund mit den Autobahnen anliefern. Die Pfortneranlagen führten zu Staus an der Peripherie. Aellen verwies auf die riesige Verkehrsmenge, welche die Stadt täglich bewältigt (2 Millionen Personen, verteilt auf öffentlichen Verkehr und Individualverkehr). Über die Quaibrücke rollten 54 000 Fahrzeuge täglich. Es sei schlicht nicht möglich, mehr Verkehr zu bewältigen. Traber unterstützte die Stadt, indem er unterstrich, dass auch der Kanton daran interessiert sei, möglichst viele Pendler zum Umsteigen auf den ÖV zu bringen. Man geht davon aus, dass die Stadtbevölkerung in den nächsten Jahren um weitere 100 000 Leute steigen wird, was zusätzlichen Verkehr bringe. Letztlich sei der Verkehr ja auch Ausdruck wirtschaftlicher Prosperität. Ein Vergleich mit Bangkok in der Wirtschaftskrise zeige, dass der Verkehr sofort verschwinde, wenn kein Wirtschaftsleben mehr möglich sei, dafür ständen dann die Arbeitslosen auf der Strasse. Leiser wies auf die Behinderungen durch Baustellen hin. Er habe das Gefühl, dass nicht mit genügend Nachdruck gearbeitet werde. Die Stadt müsse, so Aellen, einerseits das Strassennetz unterhalten und andererseits stünden Neubauten an, was im Bereich Hardbrücke/Pfingstweidstrasse zu den bekannten Einschränkungen führe. Allerdings überlege man sich, künftig ganze Strassenzüge total zu sperren, um rascher vorwärts zu kommen. Damit wäre aber ein Zweispurbetrieb auf der Hardbrücke nicht mehr möglich, dafür wäre die Sanierung in zwei Jahren zu schaffen, statt in vier. Aus dem Publikum kamen Fragen, die gegenüber der Stadt Unverständnis signalisierten. Der an der Zürcher Verkehrspolitik ausgebildete Zuhörer fand zu seiner eigenen Beurteilung zurück. 1. Die Stadt Zürich hat die Verkehrspolitik, die ihre Bevölkerung an mehreren Abstimmungen mit hohem Mehr angenommen hat. 2. Die meisten anwesenden Geschäftsleute wohnen nicht in der Stadt – und teilen so das Schicksal mit jenen Pendlern, die sich über die Verkehrslage ärgern. 3. Im Gespräch nach dem Podium bestätigten viele, selbst immer das Auto zu benutzen und damit eigentlich nicht schlecht zu fahren. Verkehrsstau?

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Verboden der neuen Legislatur

Die kommende Legislatur von 2010 bis 2014 wirft bereits ihre Schatten im Gemeinderat. Es sieht danach aus, dass andere Mehrheiten möglich werden.



MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 10

Zu Beginn stellte Ratspräsident Robert Schönbächler drei neue Gemeinderäte vor, die für die gewählten Stadträte Claudia Nielsen, André Odermatt und Daniel Leuppi nachrutschen.

Ratspräsident Robert Schönbächler (CVP) gibt sein Amt demnächst ab; Zeit für eine kleine Bewertung: Formell hat er seine Sache ordentlich gemacht, es gab in seinem Amtsjahr nur wenige unklare Situationen oder Mängel im Ablauf. Öfters gelingen ihm trübe Sprüche und Kommentare. Was viele Gemeinderäte an seiner Amtsführung stört, ist sein Hang zur Schwatzhafigkeit. Schönbächler nimmt sich jeweils viel Zeit, wenn jemand verabschiedet wird, wenn er jemandem zum Geburtstag gratulieren kann oder wenn er Ranglisten des Parlamentarier-Skirennens verlesen kann. In fast jeder Sitzung geht so eine Viertelstunde oder mehr verloren. Zeit, die der Rat dringend für die Debatte verwenden müsste.

Geschäfte stauen sich an

Es ist eine wahre Flut von Geschäften unbehindert: Die Traktandenliste zählt sagenhafte 518 Traktanden, die man behandeln muss. In fast jeder Sitzung werden mehr Vorstösse eingereicht als abgebaut. Immerhin sind im neuen Amtsjahr stets Doppelsitzungen vorgesehen, wenn Vorstösse traktandiert sind, die älter als zwei Jahre sind. Dies schafft den Druck, den Berg etwas abzubauen. Die Ratsführung unter Marina Garzotto (SVP) wird dann zumal sicher für einen speditiven Betrieb sorgen.

Vollendete Tatsachen

Es war in der vergangenen Legislatur öfters der Fall, dass der Stadtrat vollendete Tatsachen schafft. Nur ein Beispiel: Ein Postulat der SVP verlangt eine Debatte, dass eine geplante Busbucht an der Nordstrasse den privaten Verkehr nicht behindern soll. Die Verwaltung baute die Busbucht um, so dass jeder Bus den Verkehr aufhält. Vorher konnte man den Bus bequem passieren, wenn Passagiere ein- und ausstiegen. Dies ist nun nicht mehr möglich. Das Stossende daran ist, dass die Busbucht gebaut wurde, obwohl der Gemeinderat keine Gelegenheit erhalten hat, Stellung zu nehmen.

Es stellt sich eine grundlegende Frage, wenn die Verwaltung ihre eigene Ideologie umsetzt, ohne dass überhaupt eine politische Debatte stattfindet. Wir haben viele konsternierte Reaktionen aus der betroffenen Gegend in Wipkingen erhalten. Die SVP wird diesen versteckten Absichten der

Verwaltung entschieden gegenüberreten.

Baulinien als Tramschneise

Ein weiteres Beispiel dafür gab es in der Ratsdebatte am Mittwoch: Weich in Watte verpackt kam eine Baulinie daher, die aber bei Lichte besehen nichts anderes ist, als eine Schneise für ein neues Tram.

Die Hohlstrasse weist derzeit im Bereich zwischen der Europa- und Hardbrücke einen Baulinienabstand von 22 bis 24 m auf. Dieser soll durchgehend auf 28 m erweitert werden, damit die langfristig geplante Erweiterung des Raumes für eine zukünftige Tramlinie (genannt Tram Renaissance 1) gesichert werden kann.

Vor einigen Monaten gab es eine Volksabstimmung zum Abschnitt zwischen der Seebahn- und Sihlstrasse (Neufrankengasse, Lagerstrasse), bei der die Baulinien erweitert wurden. Viele Leute waren sich wohl nicht bewusst, dass sie für ein durchgehendes neues Tram vom Hauptbahnhof bis zum Bahnhof Altstetten eine Lanze brachen. Zudem ist eine weitere Weisung im Köcher, die an der Seebahnstrasse Platz schaffen will. Mit diesen Massnahmen will der Stadtrat Raum für ein durchgehendes Tram-Trasse vom Hauptbahnhof bis nach Altstetten sichern.

Weiter soll die Buslinie Nummer 31 langfristig durch eine Tramlinie ersetzt werden. Diese neue Tramlinie ist im «Linienkonzept 2025» der VBZ als längerfristige Tramnetzerweiterung vorgesehen.

Die SVP akzeptiert dieses scheinweise Vorgehen nicht und lehnte die Weisung 466 ab, bei der es wie erwähnt lediglich um die Baulinie an der Hohlstrasse im Bereich zwischen der Europa- und Hardbrücke ging. Der Rat nahm die Weisung dennoch mit 87 Ja gegen 23 Nein an.

Neue Mehrheiten winken

In einigen Voten und Abstimmungen erhielten die Besucher auf der Tribüne den Eindruck, dass sich die Wahlverlierer Gedanken über die Ursachen gemacht haben. Der Wahlsonntag zeigte eines ganz deutlich: Halblinken Parteien, die sich bürgerlich nennen, aber in neun von zehn Abstimmungen mit den Linken marschieren, sind überflüssig. Diese Mitte-Parteien wurden brutal abgestraft. Die Grünliberalen als grosse Gewinner der Wahlen sind zwar noch unbekannt, aber im Kantonsrat sind sie insbesondere in Finanzfragen kompetent.

Momentan werden die Kommissionen gebildet und die Sitze vergeben. Wenn es gelingt, neue Koalitionen zu schmieden und die neuen Kräfte in der Mitte von den bürgerlichen Positionen der SVP zu überzeugen, dann sind durchaus neue Mehrheiten in der kommenden Legislatur denkbar.

LESERBRIEF

Wer soll diese Logik verstehen?

Sans-Papiers zur Berufslehre zuzulassen ist ein weiterer Schritt, unseren Rechtsstaat zu untergraben. Seit 2009 muss jede Raumpflegerin, die eine Stunde oder mehr in einem Privathaushalt putzt, bei der AHV angemeldet und gegen Unfall versichert sein. Auf der anderen Seite halten sich gemäss Zeitungsmitteilungen zirka 100 000 Sans-Papiers bei uns in der Schweiz auf, die Schwarzarbeit leisten. Aber kein Mensch kümmert sich darum. Dabei wäre es wohl ein Leichtes, die Menschen, welche ihre Kinder in die Schule schicken, ausfindig zu machen und auch jene Arbeitgeber zu fassen, die Personen schwarzarbeiten lassen. Aber es steckt wohl mehr dahinter,

dass auf der einen Seite die Schulen verpflichtet sind, die Kinder dieser Sans-Papiers zu unterrichten, auf der anderen Seite aber keine Meldung an das Migrationsamt machen dürfen. Auch unsere Krankenkassen sind verpflichtet, diese Personen zu versichern, obwohl sie sich eigentlich nicht in unserem Land aufhalten dürften. Sans-Papiers bezahlen ausserdem weder Steuern noch andere Sozialabgaben, dürfen jedoch unsere Schulen und unsere Infrastruktur unbehelligt benutzen. Wer soll diese Logik in unserem Rechtssystem verstehen? Und vor allem – wer bezahlt das wohl?

Dora Lackner Schmid, Elgg



Liebe Mitglieder und Freunde der SVP Kreis 7

Geniessen Sie mit uns einen vergnüglichen Theaterabend

mit Familie Schnulze und unserem Ehrengast

Nationalrat Christoph Mörgeli

am Freitag, 23. April 2010, im Restaurant Degenried
Degenriedstrasse 135, 8032 Zürich

Programm:	18.30 Uhr	Türöffnung
	19.00 Uhr	Begrüssung durch unseren Ehrengast, Herrn Nationalrat Christoph Mörgeli
	19.15 Uhr	Vorspeise / Frühlingsalat
	19.45 Uhr	Theateraufführung Teil 1
	20.15 Uhr	Hauptspeise Riz Casimir
	21.00 Uhr	Theateraufführung Teil 2
	21.30 Uhr	Dessert und Café

Theaterticket Fr. 33.–
Nachtessen Fr. 25.–

Da die Platzzahl limitiert ist, bitten wir Sie, Ihre Reservation bis spätestens Mittwoch, 21. April 2010, bekannt zu geben.

Ihre Anmeldung richten Sie bitte telefonisch oder per E-Mail an Barbara Kluge, **Telefon 079 698 38 44**, **E-Mail: barbara@kluge.ch**

Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung und auf einen unterhaltsamen Theaterabend mit Ihnen und unserem Nationalrat Christoph Mörgeli



Herzliche Grüsse
Präsident Kreis 7

Urs Fehr

5. SVP-Studententreff

LIEBE MITSTUDIERENDE DER UNI, ETH UND FH'S ZÜRICH

Seid ihr auch Sympathisanten der SVP?

Am Mittwoch, den **31.03.2010**, um **18:30 Uhr** treffen wir uns im Rahmen des 5. SVP-Studententreff im Restaurant Oberhof (Zürichbergstrasse 24, 8032 Zürich) zu einem weiteren spannenden Anlass zum Thema

„Schweizer Armee - wie weiter?“

Als Gäste dürfen wir

NR Toni Bortoluzzi

Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission

&

Oberstlt i Gst Mathias Mueller, Kdt Inf Bat 13

Berufsoffizier, lic. phil. I

begrüssen.

Es würde uns freuen, wenn Du auch dabei bist.

Eine Anmeldung ist bis spätestens den 28.03.2010

unter studententreff@gmail.com erforderlich.

(Kosten: 3-Gang-Menu Fr. 30)

Michael Lüdi (SVP Oberengadin), Tiziano Foiera (SVP Küssnacht), Patric Egger (SVP Stadt Zürich)

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 22. März 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenhaus, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Matenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4/5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 12. April 2010, 20.00 Uhr, Restaurant Schöneegg, Hausen am Albis, Vorstandssitzung und Stamm.

Bezirk Bülach / Glattfelden
Freitag, 26. März 2010, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Mehrzweckhalle, Glattfelden, öffentliches Referat mit Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich, zum Thema «Sessionsrückblick und Bundesratswahl durch das Volk». Festwirtschaft. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen.

Bezirk Hinwil
Montag, 22. März 2010, 20.00 Uhr, Gasthof Hirschen, Zürichstrasse 2, Hinwil, Sessionsveranstaltung mit Nationalrat Lukas Reimann.

Bezirk Meilen / Hombrechtikon
Dienstag, 23. März 2010, 20.00 Uhr, Gemeindesaal Blatten, Hombrechtikon, öffentliche Veranstaltung «Toni Brunner in Hombrechtikon». Er referiert über «Aktuelles aus Bundesbern». Anwesend sind auch die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Hombrechtikon für die Behördenwahlen vom 25. April 2010. Festwirtschaft. Es spielen die Chüeweid-Örgeler. Der Eintritt ist frei.

Bezirk Winterthur
Mittwoch, 24. März 2010, 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Elgg, ordentliche Generalversammlung.

Bezirk Winterthur und Winterthur Stadt
Sonntag, 28. März 2010, 11.00–15.00 Uhr, auf dem Betriebsareal (Treibhaus) der **Christian Achermann AG**, Rümikerstrasse 37, Winterthur Hegi (vis-à-vis Media-Markt), Jazz-Matinée. Es spielen für Sie die «Altstadt Ramblers St. Gallen». Eintritt frei. Festwirtschaft. Anwesend ist die Prominenz aus Politik und Wirtschaft.

Stadt Zürich / Kreis 7
Freitag, 23. April 2010, Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, vergnüglicher Theaterabend mit Familie Schnulze und Ehrengast Nationalrat Christoph Mörgeli. Programm: 18.30 Uhr Begrüssung durch Ehrengast Nationalrat Christoph Mörgeli
19.15 Uhr Vorspeise / Frühlingsalat
19.45 Uhr Theateraufführung Teil 1
20.15 Uhr Hauptspeise Riz Casimir
21.00 Uhr Theateraufführung Teil 2
21.30 Uhr Dessert und Cafe
Theaterticket: CHF 33.–, Nachtessen: CHF 25.–. Da die Platzzahl limitiert ist, bitten wir Sie, Ihre Reservation bis spätestens Mittwoch, 21. April 2010, bekannt zu geben. Ihre Anmeldung richten Sie bitte telefonisch oder per E-Mail an Barbara Kluge, Natel 079 698 38 44, E-Mail barbara@kluge.ch. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung und auf einen unterhaltsamen Theaterabend mit Ihnen und unserem Nationalrat Christoph Mörgeli.

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 26. März 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357 (beim Albisriederplatz), Zürich, Generalversammlung.

Dienstag, 18. Mai 2010, ab 18.30 Uhr, Restaurant Roter Stein, Herrligstrasse 39, Zürich, Höck.

Freitag, 9. Juli 2010, ab 18.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Grillplausch.

Dienstag, 7. September 2010, Ausflug / Besichtigung – Details folgen.

Donnerstag, 28. Oktober 2010, ab 18.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357 (beim Albisriederplatz), Zürich, Höck.

Freitag, 3. Dezember 2010, ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 1. Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 2. Mitgliederversammlung.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 25. November 2010, 19.00 Uhr, Weihnachtsveranstaltung. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Weitere Details folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 31. März 2010, 18.30 Uhr, Restaurant Oberhof, Zürichbergstrasse 24, Zürich, 5. SVP-Studententreff zum Thema «Schweizer Armee – wie weiter?». Als Gäste werden begrüsst: Nationalrat Toni Bortoluzzi, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission und Oberstlt i GSt Mathias Mueller, Kdt Inf Bat 13, Berufsoffizier, lic. phil. I. Eine Anmeldung ist bis spätestens Sonntag, 28. März 2010, unter studententreff@gmail.com erforderlich. Kosten: 3-Gang-Menu 30 Franken. Organisation: Michael Lüdi (SVP Oberengadin), Tiziano Foiera (SVP Küsnacht) und Patric Egger (SVP Stadt Zürich).

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 6. Juni 2010, **1. Ausfahrt:** Stein am Rhein. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 4. Juli 2010, **2. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. August 2010, **3. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung
Freitag, 16. April 2010, 20.00 Uhr, (Apéro 19.30 Uhr, mit Begrüssung der SVP Klo-

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiant (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

ten), Restaurant Geerlisburg, Geerlisberg ob Kloten, ordentliche Generalversammlung. Ab 20.30 Uhr Nachtessen.

Höcks
Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr, **1. Höck**, Schürlibez Aspenhof, Thalheim.

Freitag, 4. Juni 2010, 19.30 Uhr, **2. Höck**, Gartenparty bei Straubinger's, Niederglatt.

Dienstag, 13. Juli 2010, 19.30 Uhr, **3. Höck**, Besenbeiz Lindenhof, Buchberg bei Eglisau.

Donnerstag, 5. August 2010, 19.30 Uhr, **4. Höck**, Restaurant Blüemlisalp, Herrliberg.

Dienstag, 7. September 2010, 19.30 Uhr, **5. Höck**, Besenbeiz Sternen, Mettmensetten.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 1. Oktober 2010, Ort noch offen.

Sommerreise
Samstag, 24. Juli 2010 bis Montag, 26. Juli 2010, Sommerreise ins Elsass.

2. SVP -Golfturnier

Liebe Parteimitglieder, liebe Freunde und Sympathisanten
Liebe Golferinnen und Golfer

Wir laden Sie herzlich ein zur Teilnahme am 2. SVP-Golfturnier, um in sportlicher, ungezwungener Atmosphäre Gedanken auszutauschen, interessante Gespräche zu führen oder ganz einfach einen gemütlichen Tag zu geniessen. Drei SVP-Nationalräte haben bereits zugesagt.

Der Anlass findet wie folgt statt:

Datum: Freitag, 7. Mai 2010
Ort: Golfpark Holzhäusern (Rotkreuz)
Spielform: Two ball best ball
Startzeit: ab zirka 10.00 Uhr
Beitrag: CHF 160.– pro Person
Nachtessen: fakultativ

Im Preis von CHF 160.– sind folgende Leistungen inbegriffen: Green Fee, Match Fee, Zwischenverpflegung und Apéro. Es sind attraktive Preise zu gewinnen.

Wir freuen uns, Sie am 2. SVP-Golfturnier persönlich willkommen zu heissen!

Jürg Stahl
Nationalrat SVP

Brigitte C. Fux
Vorstandsmitglied
SVP Sektion Oberrieden

ANMELDEKARTEN p. P. Anmeldung bis am 26.4.2010

Name: _____ Vorname: _____
Adresse: _____ PLZ / Ort: _____
Tel. P.: _____ Tel. G.: _____
Handy: _____ E-Mail: _____
Golfclub: _____ Hcp: _____ ID-Nr.: _____
Beitrag: CHF 160.–, p. P. Nachtessen: CHF 45.–, p. P. ohne Getränke
ja _____ nein _____
Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Information und Anmeldung:

golf and events
Tel.: 043 388 55 44
Fax: 043 388 56 28
E-Mail: bfux@golfandevents.ch
Speerstrasse 4
8942 Oberrieden



Toni Brunner in Hombrechtikon!



Öffentliche Veranstaltung
Nationalrat Toni Brunner, referiert über Aktuelles aus Bundesbern.

Der Eintritt ist frei.
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Dienstag, 23. März 2010, 20.00 Uhr

im Gemeindesaal Blatten, mit Festwirtschaft. Es spielen die Chüeweid-Örgeler auf.

Lernen Sie unsere Kandidaten kennen!

An dieser Veranstaltung werden sich die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Hombrechtikon für die Behördenwahlen vom 25. April 2010 präsentieren.



Einstehen für die Schweiz – Einstehen für Hombrechtikon
www.svp-hombrechtikon.ch

